

PRESSEINFORMATION

Anke Spoorendonk

**Kiel, den 21.01.2004
Es gilt das gesprochene Wort**

*„ ‚Soziale Gerechtigkeit‘ bedeutet, gleiche
Möglichkeiten für alle zu schaffen“*

TOP 20 Eliteförderung im Bildungswesen (Drs. 15/3160)

Kaum tritt die Bundesregierung eine Diskussion über Eliteuniversitäten und Kaderschmieden los, liegt auch schon ein FDP-Antrag auf Eliteförderung in Schleswig-Holstein vor. Und das, obwohl doch erst im Dezember ein entsprechender Änderungsantrag der FDP zum Haushalt 2004/2005 von einer Mehrheit des Hauses abgewiesen wurde. Das ist natürlich kein Hindernis dafür, dass Anträge wieder gestellt und Themen dadurch weiterhin am Kochen gehalten werden. Das wissen wir alle.

Das Thema „Begabtenförderung“ taucht in regelmäßigen Abständen immer wieder auf – mehr noch in der letzten Legislaturperiode als in dieser. Es gibt sogar seit 1998 ein Konzept der Landesregierung zur Hochbegabtenförderung. Unter dieses Konzept fallen zum Beispiel Schülerstudienwochen, Sommerakademien und dass Schüler an Vorlesungen von Universitäten teilnehmen können. Wäre es denn dann nicht sinnvoller sich erneut mit diesem Konzept auseinander zu setzen als ganz von vorne anzufangen?

Interessant ist aber, dass als Begründung für den Antrag angeführt wird, dass Elitenförderung auch ein Ausdruck für soziale Gerechtigkeit sein soll. Ich könnte mich darüber auslassen, wie viel Schindluder momentan mit diesem Begriff getrieben wird, werde es aber an dieser Stelle erst einmal unterlassen.

Für den SSW steht fest: sozial gerecht ist das bundesdeutsche Bildungswesen nicht. Damit meine ich nicht, dass alles nivelliert werden soll. „Soziale Gerechtigkeit“ hat vielmehr mit der Schaffung gleicher Möglichkeiten für alle zu tun. Das soll bedeuten, dass alle gerecht behandelt werden und nicht einige gerechter als andere. Deshalb müssen wir die Veränderung der Rahmenbedingungen und Strukturen im Bildungswesen anstreben.

Ich weiß, dass PISA oft zitiert wird, aber die Forscher haben nun mal auch in dieser Studie festgestellt: „In keinem anderen Industrieland ist die soziale Herkunft so entscheidend über den Schulerfolg wie in Deutschland.“. Dass diese Schieflage erkannt ist, belegen Aussagen ganz unterschiedlicher Organisationen und Personen in der Presse.

Auch in der Politik scheint sich einiges zu bewegen. Die SPD reiht sich mit ihrem Bildungspapier in die Schar mit Vorschlägen ein, und Bündnis 90/Die Grünen sprechen sich für die neunjährige Schule „für alle“ nach dem „Modell Finnland“ aus.

Wir vom SSW sagen: „Willkommen im Club!“ Wir brauchen nicht nach Finnland zu reisen, um zu sehen, wie unser Schulsystem künftig gestaltet werden kann. Wir fahren nach Eckernförde, nach Husum und bald nach Leck, denn dort gibt es „ungeteilte Schulen“ der dänischen Minderheit. Wir können auch nach Schafflund oder Rieseby fahren, denn dort gibt es sechsjährige Grundschulen. Wer bei uns das Gymnasium besuchen will, tut dies nach der sechsten Klasse, hat aber auch nach der achten Klasse noch die Chance, von der Realschule auf das Gymnasium zu wechseln.

Ich habe mir erlaubt, etwas detaillierter auf die Strukturen des Schulwesens der dänischen Minderheit einzugehen, weil ich es satt habe, dass jeder Versuch Strukturen im Bildungswesen zu ändern, fast mit dem Untergang des Abendlandes gleichgestellt wird.

Und daher noch einmal: eine „ungeteilte“ Schule führt nicht automatisch zu einer besseren Schule. Es ist der erste Schritt in eine bessere Bildung, der aber zu weiteren Schritten führen muss. Wir wollen keine Ideologisierung der Bildungspolitik. Unsere Erfahrung besagt aber, dass man sich schneller, flexibler und genauer auf unterschiedliche Schüler und Schülergruppen – ich verweise noch mal auf die Debatte zu PISA – einstellen kann. Dies kommt den Begabten zugute und lässt die Schwachen nicht im Stich.

Und nun zum zweiten Teil des FDP-Antrags. Der geht ja schon ziemlich ins Detail. Im Prinzip steht dort noch mal alles aufgereiht, wofür die FDP sich einsetzt. Aber auch hier gilt, dass weder den Hochschulen noch den Studierenden nur mit Eliteförderung allein geholfen ist. Auch hier sind Strukturänderungen von Nöten.

Es wäre ja auch schon ein Fortschritt, wenn wir in Deutschland eine ebenso großzügige Stipendienlandschaft hätten wie in unserem Nachbarland Dänemark. Es gibt zwar auch in Deutschland Stipendien, doch hier sind diese im Vergleich rar gesät und Informationen über die vorhandenen sind nicht eben leicht zugänglich.

In Dänemark gibt es eine regelrechte Stipendienkultur. Nicht nur die Wirtschaft sondern auch Privatpersonen stiften in Dänemark Fonds, aus denen Stipendien finanziert werden. Regelmäßig erscheint eine neue Ausgabe eines ziemlich ausführlichen Stipendienwegweisers mit bis zu 2600 Stipendien. Doch es ist heutzutage kaum noch nötig sich diesen Wälzer zu besorgen. Im Internet gibt es Suchmaschinen, in die man lediglich sein Profil eingeben muss, um eine maßgeschneiderte Auswahl von Stipendien genannt zu bekommen. Bei denen muss man sich dann lediglich noch bewerben.

So etwas in Deutschland wäre sehr wünschenswert. Daher sollte die Zugänglichkeit der vorhandenen Stipendien nochmals unter die Lupe genommen werden, um es auch deutschen Studierenden zu ermöglichen, einen Zuschuss zu ihrem Studium zu bekommen.

Bei der staatlichen Förderung brauchen wir, statt der immer wiederkehrenden Diskussionen über Studiengebühren oder Studienkonten, einen wagemutigeren Schritt – hin zum elternunabhängigen BAföG. Bildung muss bezahlbar sein für jeden der sich für weitergehende Bildung entscheidet. Nur so können wir mehr Hochschulabsolventen verzeichnen, an denen es ja bekanntermaßen auch in Deutschland fehlt. Laut OECD-Untersuchung entscheiden sich nur 30 % eines Altersjahrgangs für ein Studium, und das ist wenig im Vergleich mit den OECD-Nachbarländern, bei denen es ungefähr um die Hälfte mehr sind.

Es ist schon einiges an den Universitäten geschehen, was zur allgemeinen Verbesserung der Situation führen soll – siehe Erichsenkommission. Wir finden es daher wichtig, dass nun Rahmenbedingungen geschaffen werden, die sowohl der breiten Masse als auch der Elite helfen. Dies sieht auch die rheinland-pfälzische Bildungsministerin und Vorsitzende der Kultusministerkonferenz Frau Ahnen so. Sie sagte gegenüber der Süddeutschen Zeitung „Wir brauchen in Deutschland beides, Spitzen- und Breitenförderung.“ Sie betonte aber auch, dass die geplanten Eliteuniversitäten nicht zu Lasten der Masse der Studierenden gehen dürften. Und deshalb sieht sie es auch als falsch an, dass der Bund die Mittel für die Hochschulen zurückgefahren hat. Dem kann ich mich nur anschließen. Und für bedenklich halte ich daher auch die Pläne der Bundesregierung sich in Zukunft nur um die Elite kümmern zu wollen, während die Länder sich auf den Hochschulbau beschränken sollen.

Die Hochschulen selber sind generell für Verbesserungsvorschläge offen, solange sie sinnvoll sind. Es ist doch offensichtlich, dass einige Hochschulen sogar schon in den Startlöchern stehen und nur noch auf den Startschuss zu vernünftigen Reformen warten. In einigen Ländern sind Hochschulen sogar schon damit angefangen, Graduiertenschulen einzurichten, um die Abwanderung des wissenschaftlichen Nachwuchses ins Ausland zu verhindern. In Schleswig-Holstein haben wir Zielvereinbarungen mit den Hochschulen getroffen, und es kommen auch Vorschläge zu weiteren Reformen aus ihrer Richtung. So äußerte der Rektor der CAU, Professor Demuth, sich zu der Möglichkeit, dass Hochschulen sich ihre Studierenden auswählen eher abweisend. Er schlug aber stattdessen vor, dass man alle Bewerber zulässt, ihre Entwicklung aber während des ersten Studienjahres mit Prüfungen begleitet. Dies ist nur ein Vorschlag, signalisiert allerdings die Bereitschaft zur Diskussion.

Aber wir können vom hundertsten ins tausendste kommen, es hilft alles nichts: erst müssen Reformen im Bildungswesen her, die die Situation für alle Studierenden verbessern, bevor wir uns auf die Eliteförderung konzentrieren können. Daher kann der SSW dem Antrag der FDP nicht zustimmen.